

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

18.12.1930 (No. 295)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verlagspreis
Nr. 933
und 964
Vollständig
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Anzeigenpreis:
Verlagsleiter
G. Ueber
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rücksendungen taufbarer Rabat, der als Kassenscheck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Franke, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Gesandter Rauscher †

W.W. St. Wasien, 18. Dez. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist heute nacht in St. Wasien, wo er sich zur Heilung seines Leidens aufhielt, im Alter von 46 Jahren gestorben.

Rauscher's Ableben kommt der weiteren Öffentlichkeit überraschend. Erst vor drei bis vier Wochen haben sich in Warschau die ersten Anzeichen einer Erkrankung bemerkbar gemacht, die mit den Symptomen einer Nephropathie verbunden war und mit Fieberzuständen verbunden war. Er wurde dann von den Ärzten nach St. Wasien im Schwarzwald geschickt, was sehr zu Unrecht in einzelnen Blättern unter der Marke einer „diplomatischen Krankheit“ registriert wurde. Erst gestern stellte sich die Krankheit als eine Keim- und Lungentuberkulose artfester Art heraus, die auch keinen operativen Eingriff mehr zuließ, da die Herzaktivität nachzulassen begann. Im Beisein seiner Gattin verschied Ulrich Rauscher heute, Donnerstag, früh, ohne sich seines Zustandes bewußt zu werden. Er hatte noch eine Stunde zuvor nach Zigaretten verlangt und keine Beschwerden empfunden.

Die Beisetzung findet in St. Wasien statt. Tag und Stunde sind noch nicht bestimmt.

Ulrich Rauscher ist im Jahre 1884 in Stuttgart geboren, wo sein Vater ein bekanntes Erziehungsinstitut innehatte. Nach Ablauf seiner Studien wandte er sich freier schriftstellerischer Betätigung und dem Journalismus, u. a. bei der „Frankf. Ztg.“ zu. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde im November 1918 als Sekretär Scheidemanns die erste journalistische Stütze der Revolutionsregierung. In seiner späteren Stellung als Pressesekretär bei der Reichsregierung (mit dem Titel Ministerialdirektor) hat er dann fortlaufend Einfluß auf die politische Entwicklung genommen. Anlässlich des Kapp-Putsches war es Rauscher, der jenen Aufruf zum Generalstreik mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers herausgab, der von diesen beiden dann aber nicht gedeckt wurde. Infolgedessen schied er im April 1920 aus der Reichsregierung aus. Bald darauf wurde er als Gesandter für Athen ernannt; es erfolgte jedoch seine Ernennung als Gesandter in a. M. Mission bei der Sowjetrepublik Georgien. Hier blieb er bis zu seiner Ernennung zum Gesandten in Warschau. Seither hat er bei der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eine Rolle gespielt. Mehrfach wurde er inzwischen auch für andere Posten genannt.

Die Lage in Spanien Der Umsturz gescheitert

Die gestern erfolgte Aufhebung der Telefonsperrung im ganzen Lande scheint auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuweisen. Von Reuters in der Marine verlautet nichts weiter. Die Umsturzbewegung ist als gescheitert zu betrachten, vor allem, weil die Madrider Garnison nicht mitmacht. Es kann aber als sicher gelten, daß bei manchen Regimentern die niederen Offiziere und die Unteroffiziere halb und halb aufgewiegelt waren. Die Guardia Civil hat sich auch diesmal wieder in der Verteidigung des Staates und der Krone bewährt. Monarchistische Kreise beginnen zu ihren Gunsten eine Geldsammlung. Der verhaftete konservative Erminister Alcala Zamora soll sich angeblich als Chef der Umsturzbewegung bezeichnen haben. Die Zahl der Verhaftungen ist sehr groß. Vielen Mitgliedern und Leitern der Bewegung gelang es aber, sich in Sicherheit zu bringen.

Berliner Feiern des 100. Geburtstages Simon Bolibars

Zur Erinnerung an den hundertjährigen Todestag Simon Bolibars, der Südamerikas von dem spanischen und portugiesischen Joch in langen, harten Kämpfen befreit hatte, fand am Mittwoch in Berlin wie auch in anderen deutschen Städten eine Feier statt, zu der die Vertreter südamerikanischer Staaten geladen hatten. Zu Beginn der Feier hielt der Vertreter Venezuelas in Deutschland, Daguino Penna, eine Ansprache, in der er ein Bild Bolibars zeichnete. — Reichsaussenminister Dr. Curtius schilderte Bolibar als Feldherrn, Staatsmann und Menschen, der der ganzen Welt als leuchtendes Vorbild vorleuchte. Für Deutschland bedeute das Lebenswerk Bolibars auch zugleich den Anfang unserer beiderseitigen Beziehungen zu den Ländern Südamerikas. — Staatsminister Poelitz gab die Gründung einer Bolibar-Humboldt-Stiftung bekannt, der bereits eine größere Geldsumme einer Bank überwiesen worden sei.

Der Umsturz in Guatemala

W.W. Paris, 18. Dez. (Tel.). Zu dem Umsturz in Guatemala berichtet Habas noch folgende Einzelheiten. Militärische Elemente haben im Einvernehmen mit den Liberalen den Präsidenten der Republik, Palma, abgesetzt, nachdem sie eine Stunde lang das Präsidentenpalastgebäude angegriffen hatten. Im Verlauf des Angriffs sind der Kriegsminister sowie mehrere militärische Führer getötet worden. Insgesamt zählt man etwa 50 Opfer. Das Parlament hat General Manuel Orellana, den Kommandanten der Festung Matamoros, zum Präsidenten der Republik gewählt. — Nach einer weiteren Meldung wurden bei den Straßenkämpfen gegen 60 Personen getötet oder verwundet. Der hiesige Präsident Palma hat sich in die deutsche Gesandtschaft geflüchtet. Die neue Regierung teilt dem diplomatischen Korps mit, daß sich der Staatsstreik nur gegen Palma richtete, und daß sie den Präsidenten Daco unterstützen werde, wenn er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt wieder übernehme.

Letzte Nachrichten

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

W.W. Berlin, 18. Dez. (Tel.). Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am heutigen Donnerstagmorgen zusammen und nahm einen ausführlichen Bericht des Botchafters a. D. Graf Bernstorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen. Reichsaussenminister Dr. Curtius wohnte der Sitzung bei. Die Verhandlungen werden den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Nach dem Bericht des Botchafters Grafen Bernstorff, begann die Aussprache über die Abrüstungsfrage. Als erster sprach der Nationalsozialist Hierl. Seine Ausführungen riefen lebhaften Protest und erregte Zwischenrufe der Linken hervor.

Vor der französischen Regierungserklärung

Das Kabinett Steeg, Regierung des Ausgleichs
W.W. Paris, 18. Dez. (Tel.). Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Steeg heute in der Kammer, und Justizminister Chéron in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident im Senat verlesen werden, wird dem Vernehmen nach ziemlich kurz sein. Das Kabinett wird darin zum Ausdruck bringen, daß es nicht als eine Kampfregerung, sondern als eine Regierung des Ausgleichs, die aus Männern guten Willens bestehe, die nichts weiter im Auge hätten, als das nationale Interesse, sich dem Parlament vorstelle.

Die Finanzlage und die Wirtschaftskrise, sowie die nationale Verteidigung würden die Hauptfrage der neuen Regierung bilden. Das Budget müsse rechtzeitig herabgesetzt werden und auf jeden Fall ausgeglichen sein. Die Verwirklichung aller Maßnahmen, die für die Anwendung der einjährigen Dienstzeit vorgesehen seien, würde dringend und energig betrieben werden. Frankreich werde der Friedenspolitik weiterhin treu bleiben. Innenpolitisch wolle die Regierung gleichzeitig mit der Gewissensfreiheit auch die Rechte des Staates wahrnehmen. Die Regierungserklärung tritt schließlich für die Politik steuerlicher Gerechtigkeit und demokratischer und sozialer Reformen ein.

Briand redet

W.W. Paris, 18. Dez. (Tel.). Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie erklärte gestern Abend Briand über seine auswärtige Politik u. a., trotz aller Angriffe gegen ihn werde er seine Politik weiter verfolgen. Er sei sich darüber klar geworden, daß die ungeheure Mehrheit des Landes mit ihm gehe. Frankreich wünsche niemandem anzugreifen, es wolle den Frieden. Aber trotz dieses Wunsch müsse es alles tun, um niemals in seiner Existenz bedroht zu werden. Man müsse das Notwendige unternehmen, damit in der Abrüstungsfrage a. B. die ehrlich gesinnten Nationen nicht das Opfer der unehrlichen sein würden, damit auch der Weltfriede ein moralischer und physischer Kraft zunehme. Man habe nach Sanktionen gefragt. Solche gebe es zwar nicht, aber immerhin eine moralische Sanktion, und diese hätten bei den Völkern trotz allem Wert. Weil sie die moralische Kraft außer acht ließen, hätten die Führer eines großen Volkes dieses einem tragischen Schicksal entgegengeführt.

Im Reichskabinett hat am Mittwoch Graf Bernstorff über die Abrüstungsverhandlungen berichtet. Die Besprechung galt der Vorbereitung der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Vor Weihnachten wird am Freitag noch eine Kabinettsitzung stattfinden. Es wird nicht nur die letzte dieses Jahres sein, sondern auch die letzte in dem alten Gebäude der Reichstanzlei. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird der Erweiterungsbau bezogen werden, der nun fertiggestellt ist.

Der Sparantrag der Volkspartei. Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, hatte am Mittwoch eine Besprechung mit dem Reichskanzler, in der er betonte, daß die Deutsche Volkspartei unbedingt auf der rechtzeitigen gegenseitigen Sicherstellung ihres Antrages auf weitere Ersparnisse in Höhe von 800 Mill. Reichsmark im Reichshaushalt für 1931 bestehen müsse.

Verbot des „Stahlhelm“-Filmes aufgehoben. Die Filmoberprüfstelle Berlin hat das unlängst ergangene Verbot des „Stahlhelm“-Filmes heute, Donnerstag, aufgehoben.

Schiedspruch für das deutsche Buchdruckgewerbe. Im Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes hat heute das zuständige tarifliche Zentralarbitrageamt einen Schiedspruch gefällt, der den bestehenden Lohnvertrag bis zum 13. Februar 1931 mit der Maßgabe verlängert, daß zur Fortsetzung der Verhandlungen und zur Fällung eines weiteren Schiedspruches die Schlichterkammer am 2. Februar zusammentritt.

Die Politik auf der Straße. In Krefeld soll aus einem Auto, das mit Teilnehmern einer nationalsozialistischen Versammlung besetzt war, auf eine Gruppe Kommunisten, die am Wege standen, geschossen worden sein. Zwei Kommunisten wurden schwer, einer leicht verletzt. — In Bonn ist der bei den Zusammenstößen am vergangenen Sonntag durch einen Poppschuß schwer verletzte Nationalsozialist, Architekt Clemens heute, Donnerstag, früh, gestorben.

Zinsverbilligung eine Aufgabe der Gemeinden

Von Dr. Oskar Ritter.

In Deutschland liegt die Errichtung und Unterhaltung der Sparkassen seit jeher in den Händen der Gemeinden. In anderen Ländern ist der Staat Gründer und Organisator der Sparkassen gewesen, und das hat zur Folge gehabt, daß dort die Sparkassen angehalten werden, sämtliche Einlagenüberschüsse oder sogar ihr ganzes Vermögen, zum mindesten aber große Teile davon, in Staatspapieren anzulegen. Da bei uns in Deutschland die Gemeinden und andere Kommunalverbände Träger des Sparkassenwesens sind und daher auch für die Sparkasseneinlagen Garantie leisten, so haben dadurch die Gemeinden auch einen erheblichen Einfluß auf die Anlage der Spargelder. Sie können infolgedessen eine Kreditpolitik betreiben, bei der soziale, wirtschaftspolitische und natürlich auch kommunalpolitische Gesichtspunkte Beachtung finden.

Man hat freilich schon vor mehr als 20 Jahren einmal den Versuch gemacht, auch in Deutschland die Sparkassen in gewissem Umfang zur Bevorzugung der Anlage in Staatspapieren oder in anderen mündelsicheren Werten gesetzlich zu verpflichten. Aber auch, wenn solche einschränkende Bestimmungen für die Anlage von Spargeldern bestehen, bleiben den Gemeinden Möglichkeiten genug, auf die Kreditversorgung der Bevölkerung und insbesondere der Wirtschaft erheblichen Einfluß auszuüben. So sind die gemeindlichen Sparkassen allmählich weit über ihren eigentlichen Gründungszweck, die Sammlung von Sparguthaben namentlich in den minderbemittelten Bevölkerungsschichten, hinausgewachsen. Sie sind gleichzeitig Geld- und Kreditinstitute geworden, die man wegen ihrer Kreditbeschaffungs- und ihrer Kreditverteilungstätigkeit nicht mehr missen möchte. Das hat der Staat auch dadurch anerkannt, daß er den Sparkassen im Jahre 1909 ausdrücklich das Recht gab, den Scheck- und Kontokorrentverkehr zu pflegen.

Von dieser Grundlage aus haben dann die Sparkassen, dem Verlangen ihrer Kundenschaft nachkommend, auch wichtige Zweige bankgeschäftlicher Tätigkeit aufgenommen, immer freilich ausschließlich zu dem Ziele, die ihnen anvertrauten Spargelder möglichst gut anzulegen und dabei gleichzeitig die Interessen der Wirtschaft, für die diese Spargelder um so höhere Bedeutung gewannen, je umfangreicher sie wurden, zu wahren. So wurden schließlich an die kommunalen Sparkassen, besonders Bankabteilungen angegliedert, und es entstand in kurzer Zeit ein blühendes, kommunales Bankwesen, dessen Wirksamkeit in der Zeit der Kreditnot, insbesondere von den gewerblichen und landwirtschaftlichen Wirtschaftskreisen, allgemein anerkannt worden ist.

Der bankgeschäftlichen Tätigkeit der Sparkassen und auch der Kommunalbanken sind natürlich bestimmte Grenzen gesetzt. Sie sind einerseits dadurch gegeben, daß für die Sparguthaben nur völlig sichere Anlagen gestattet sind, und daß daher auch nur völlig sichere Kreditgeschäfte von den Kommunalbanken getätigt werden dürfen. Außerdem aber kann es niemals Zweck und Ziel einer kommunalen Bank sein, mit den privaten Banken auf allen möglichen Gebieten in Wettbewerb zu treten. Ihre Hauptaufgabe muß es sein, das Kontokorrentgeschäft der Mittelstandskundschaft zu betreiben und dabei die zum größten Teil aus mittelständischen oder anderen minderbemittelten Bevölkerungsschichten ihnen zuziehenden Spargelder wieder kleinen und mittleren Gewerbetreibenden als Betriebskapital leihweise zur Verfügung zu stellen.

Durch diese Betätigung im Personalkreditgeschäft haben die Sparkassen und Kommunalbanken es vielfach verhindert, daß der Mittelstand in Zeiten der Kreditnot dem Wucher schuldlos zum Opfer fiel. Daneben haben sie sich besonders große Verdienste durch die Gewährung von Realkredit erworben. Die mittlere und kleine Landwirtschaft insbesondere hat von der Möglichkeit, Kredite auf ihren Grundbesitz bei den Sparkassen und Kommunalbanken aufzunehmen, in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht. So ist Deutschland von einem Netz von Sparkassen und Kommunalbanken überzogen, die wiederum in Giroverbänden zusammengefaßt sind. Diese Girozentralen sind gewissermaßen als Zentralbanken der Sparkassen anzusehen. Ihre oberste Spitze ist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband. Alle Geschäfte, die die Sparkassen selbst nicht betreiben können, werden von den Girozentralen ausgeübt.

Welche Bedeutung diese öffentlichen Banken im deutschen Kreditwesen erlangt haben, geht aus der Höhe der Summen hervor, die von ihnen angeammelt und der Wirtschaft kreditweise zur Verfügung gestellt werden. Die Sparanlagen bei den deutschen Sparkassen betragen im September dieses Jahres rund 10,15 Milliarden Reichsmark. Die Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen betragen etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark. Rechnet man die Einlagen im sächsischen Giro- und bei den Kommunalbanken hinzu, so dürfte sich eine Summe von mehr als zwei Milliarden Reichsmark ergeben. Insgesamt also verfügen die kommunalen Sparkassen über einen Gesamteinlagenbestand von mehr als 12 Milliarden Reichsmark. Das dürfte ein Fünftel des deutschen Volkvermögens sein.

Nachdem die kommunalen Sparkassen mit besten Erfolgen die Erledigung des Geldverkehrs der kleineren und mittleren Wirtschaftsbetriebe in die Hand genommen haben, muß es ihre Aufgabe sein, diesen Kreditverkehr so zu gestalten, wie es den Interessen des Mittelstandes am besten entspricht. Durch ihre bankgeschäftliche Tätigkeit sind die Sparkassen Kreditmittler. Sie selbst sind weder an hohen noch an niedrigen Zinssätzen interessiert, und da sie gemeinnützige Institute sind, wird es auch nicht ihr Ziel zu sein brauchen, die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen möglichst groß werden zu lassen. Es muß ihnen vielmehr genügen, bei der Vermittlung der Kredite ihre Betriebs- und sonstigen Unkosten zu decken.

Überschüsse für die Kommunen zu bringen, ist an sich nicht die Aufgabe der Sparkassen und Kommunalbanken, wenn auch natürlich den meisten kommunalen Verwaltungen heute solche Überschüsse erwünscht sein würden. Viel wichtiger aber ist für sie als den Sachwaltern des Mittelstandes in Handel, Handwerk und Gewerbe sowie in der Landwirtschaft, eine Verbilligung der heute unerträglich hohen Kreditzinsätze. Sie müssen deshalb alle Maßnahmen begrüßen und fördern, die geeignet sind, den Kredit zu verbilligen, damit es ihnen möglich wird, ihre Kredite künftig zu Zinsätzen auszugeben, die für kleine und mittlere Wirtschaftsbetriebe wirklich produktiv sind.

Die Gewährung von Kommunalkrediten in der billigen Form ist stets das Ziel der Sparkassen und der mit ihnen verbundenen öffentlichen Kreditinstitute gewesen. Die Zeit ist gekommen, in der sie ihre Daseinsnotwendigkeit beweisen können, indem sie in der Verbilligung der Kredite allen anderen Kreditorganisationen vorangehen. Wenn es ihnen gelingt, bei der unbedingt notwendigen Senkung aller Kreditzinsätze führend mitzuwirken, so wird künftig die Rolle, die sie als die eigentlichen Mittelstandsbanken in der deutschen Wirtschaft spielen, unstritten sein.

Aus den Ländern Etatlesung im Preussischen Landtag

Im Preussischen Landtag begann am Mittwoch die allgemeine Aussprache zum neuen Etat, nachdem vorher ein kommunistischer Antrag einstimmig angenommen worden war, in dem die Regierung ersucht wird, im Einklang mit dem Auswärtigen Amt die Freilassung des kommunistischen Abgeordneten Kunkel zu verlangen, der auf Betreiben polnischer Insurgenten in Ostoberschlesien festgenommen wurde. In der Debatte kam besonders die Finanznot der Gemeinden zum Ausdruck, die, wie der sozialdemokratische Sprecher sagte, den Betrag von 450 Millionen Defizit erreicht habe. Der Vertreter des Zentrums sprach unter Hinweis auf Äußerungen der Reichspressen von einer „antikatholischen Welle“, die durch Preußen gehe. Er zitierte einen Brief des Staatssekretärs Weismann an Reichsminister Brüning zum Beweis dafür, daß das Zentrum sich stark für die baldige Verabschiedung des evangelischen Konfessionsgesetzes eingesetzt habe.

Die Ministergehälter in Braunschweig

Im Braunschweigischen Landtag wurde am Mittwoch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Minister mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste angenommen. Das Gesetz beseitigt die Pensionsberechtigung der Minister und setzt das Ministergehalt auf 12.000 M jährlich fest (gegen 18.000 M bisher). Ein Antrag der Bürgerlichen, das Gehalt auf 16.000 M festzusetzen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ferner eine Entschlieung, das Staatsministerium zu erforschen, eine Vorlage zu machen, durch die die Gehälter der oberen Beamten soweit herabgesetzt werden, daß sie zu den Amtsbezügen der Minister in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Die Fraktion der bürgerlichen Einheitsliste gab eine Erklärung ab, daß es unbillig sei, die Minister in ihrer Besoldung hinter einer anderen Beamtengruppe zurückzustellen. Daß die durch die Entschlieung geforderte Reduzierung der Beamtengehälter, die erheblich über das Maß der Gehaltskürzung durch die Notverordnung des Reiches hinaus bis weit in die Gruppe der mittleren Beamtenschaft gehen würde, aus sachlichen und rechtlichen Gründen nicht durchführbar sei, dürfte, so heißt es weiter in der Erklärung, auch den Einbringern der Entschlieung klar gewesen sein. Die Fraktion erwarde, daß der ihr zugehörige Minister im Kabinett hinter die von ihr geforderte Regelung seiner Besoldungsbezüge nicht zurückgehe. Sie sehe darin die einzige Möglichkeit, die Schwermilitaristen zu überwinden, durch die die Sozialdemokratie in demagogischer Absicht die gegenwärtige Regierungskoalition zu stören gedenkt.

Die Birmaienter Bombensünde Umgearbeitete Granaten

Zu den Bombensünden bei Birmaienter werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Bomben stammen von der bei Wenzeln in der Pfalz stationiert gewesenen Fliegerabwehrbatterie. Kurz vor dem Einmarsch der Franzosen im Herbst 1918 waren die Granaten in einem Weiber verpackt worden. Dieser Weiber wurde später von einem Kommunisten gepachtet und nach den Granaten abgeführt. Die Kommunisten arbeiteten die Granaten in hochexplosive Bomben um. In dem Weiber sollen sich noch weitere Granaten befinden. Weiter wurden bei den von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchungen in Birmaienter zahlreiche Revolver, Totschlagger und andere Hieb- und Stichwaffen gefunden.

In Neustadt a. d. S. wurden bei einer Hausdurchsuchung bei Kommunisten zwei Granaten gefunden. Auf dem Gergierplatz in Zweibrücken wurde von der Polizei die Entladung der in Birmaienter gefundenen Bomben vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß die Bomben eine große Sprengwirkung aufwiesen.

Schwerer politischer Zusammenstoß in Neustadt a. d. S.

Neustadt a. d. S., 18. Dez. (Tel.) Mittwochabend kam es in der hiesigen Turnhalle gelegentlich einer sozialdemokratischen Versammlung zu einer schweren Schlägerei zwischen auswärtigen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmern. Ein Nationalsozialist, der angeblich einen Revolver aus der Tasche gezogen haben sollte, wurde so zugerufen, daß er mit lebensgefährlichen Verletzungen darniederliegt. Ein Versammlungsteilnehmer erhielt einen Messerstoß in den Unterleib. Weitere Anhänger beider Parteien wurden schwer verletzt.

Berücksichtigte Waffenbestimmungen

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes gegen Waffennutzung vorgelegt. Die entscheidenden Bestimmungen lauten u. a.:

Wer außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines Besitzums eine Waffe führt, die ihrer Natur nach dazu bestimmt ist, durch Hieb, Stoß oder Schuß Verletzungen beizubringen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, wenn mildere Umstände vorliegen, mit Geldstrafe bestraft.

Wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

Im Befinden Poincarés ist am Mittwoch eine wesentliche Besserung eingetreten. Der Patient nimmt normal Nahrung zu sich und hat kein Fieber.

Weitere Bankschließungen in Amerika. Nach in New York vorliegenden Meldungen, haben am Mittwoch 20 Banken ihre Zahlungen eingestellt. Es handelt sich ausschließlich um kleinere Banken, von denen sich 10 im Staate Arkansas befinden.

Amliche Feier des Reichsgründungstages. Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch u. a. mit der Frage beschäftigt, wie am 18. Januar die 60jährige Wiederkehr der Reichsgründung gefeiert werden soll. Wie mitgeteilt wird, ist eine amtliche Feier geplant, die etwa denselben Charakter trägt, wie die üblichen Verfassungsfeiern am 11. August. Ursprünglich war wohl der Gedanke erwogen, die Ministerpräsidenten der Länder besonders nach Berlin einzuladen; mit Rücksicht auf die Kosten hat man davon Abstand genommen. Die Hauptfeier wird im Reichstag stattfinden, und zwar wahrscheinlich unter Teilnahme des Reichspräsidenten.

Abg. Dr. Föhr zur Notverordnung

Im „Bad. Beob.“ veröffentlicht der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr längere Darlegungen zur Notverordnung, in denen er u. a. ausführt:

„Der 6. Dezember hat die aus dem badischen Zentrum hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten vor eine sehr schwierige Entscheidung gestellt. Sie haben schließlich unter Überwindung größter Bedenken sich für Ablehnung der Anträge entschieden, welche die Aufhebung der Notverordnung bezweckten. Die Entscheidung war eine politische geworden. Der Blick auf die drohenden Wirkungen ergab eine Zustimmung zur Notverordnung als Ganzem, trotz der Ablehnung einzelner Teile derselben. Hätte die Möglichkeit bestanden, zu den einzelnen Teilen der Notverordnung Stellung zu nehmen, so hätte vom Standpunkt des badischen Zentrums aus kein Zweifel darüber bestanden, daß einzelne Teile abzulehnen seien. Der Reichstag konnte nur entweder das ganze ablehnen oder das ganze annehmen.“

Unsere Abstimmung kann uns jedoch nicht hindern, in treuem Bekenntnis zu den Beschlüssen, die der Landesauschuss am 30. November in Offenburg gefaßt hat, einzelne Teile der Notverordnung sachlich abzulehnen. Dahin gehört zunächst die Neuregelung der Tabaksteuer. Wir waren bereit, um der Finanznot des Reiches willen auch eine Erhöhung der Tabaksteuer mitzumachen, aber sie mußte sich als unannehmlich erweisen, weil sie jetzt eingetreten sind und vielleicht auf längere Dauer drohen, vermieden worden wären. Die gegenwärtige Wirtschaftslage mit der dauernd wachsenden Erwerbslosigkeit, die Bedeutung gerade der Zigarettenindustrie für unser badisches Land, die Rücksicht auf Baden als Grenzland, hätte davor zurückhalten müssen, das Gesetz gemäß Art. 48 WR. in einer Form zu verabschieden, die solche Schädigungen für die badische Wirtschaft mit sich bringt und so viele badische Arbeiter um Arbeit und Verdienst zu bringen droht.

Nicht minder große Bedenken bestehen über die sogenannte Realsteuerentlastung. Ich sage „sogenannte“. Denn diejenigen, die glauben, es würden nunmehr in Baden die Realsteuern gesenkt, befinden sich in einem verhängnisvollen Irrtum. § 9 dieses Gesetzes sieht nämlich vor, daß in Ländern, die seit 1926 die Realsteuerbelastung nicht wesentlich erhöht haben, dagegen außerordentlich mit schwebenden Schulden belastet sind, nicht eine Senkung der Realsteuern, sondern Schuldentilgung erfolgt. Dies trifft für Baden zu. In Baden soll keine Realsteuerentlastung erfolgen, sondern die überschüssigen Mittel der Gebäudebesondersteuer sollen zur Schuldentilgung verwendet werden.

Die badische Zentrumspartei hält die von Finanzminister Dietrich begangenen, uns durch die Notverordnung aufgezwungenen Wege aber überhaupt für falsch. Es geht nicht an, die Gebäudebesondersteuer, also eine Ausnahmesteuer, auch dann noch in der alten Höhe fortzuführen, wenn man sie gar nicht mehr braucht, und die nicht mehr benötigten Mittel zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Eine Realsteuerentlastung ist sehr dringlich, aber sie kann und darf nicht durchgeführt werden auf Kosten des Hausbesitzes. Es ist unerträglich, die Gebäudebesondersteuer in der bisherigen Höhe weiter zu erheben, wenn die Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr benötigt werden.

Das Schlimmste in der Notverordnung ist jedoch die Aufnahme des Steuervereinfachungsgesetzes. Mit welcher Begründung konnte dieses Gesetz gemäß Artikel 48 verabschiedet werden, dessen Dringlichkeit schon daraus hervorgeht, daß es frühestens am 1. April 1929, auf Wunsch der Länder sogar erst 1934 in Kraft tritt, ein Gesetz, das nach unserer Auffassung verfassungsändernden Charakter hat? Hier handelt es sich um einen schweren Eingriff in die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Länder, für den keinerlei Grund vorliegt, als höchstens der, daß im Reichstag hierfür erfreulicherweise eine Mehrheit nicht zu erzielen war. Daher hat bereits die Bayerische Volkspartei im Reichstag unter schärfstem Protest die Klage vor dem Staatsgerichtshof angekündigt. Es ist eine schmerzliche Erfahrung, daß die Länder zur Verteidigung ihrer Rechte das Reich beim Staatsgerichtshof verklagen müssen, soeben wegen der Rechte im Verwaltungsrat der Reichsbahn und jetzt wieder wegen des Steuervereinfachungsgesetzes.

Das Steuervereinfachungsgesetz ist nicht dasselbe wie das Steuervereinfachungsgesetz, was in den Zeitungen immer wieder durcheinander gemorwen wird. Die Vereinfachung ist durchaus zu begrüßen. Es ist ein begriffsmäßiger Fortschritt, wenn ein großer Teil der Landwirte und Gewerbebetreibenden überhaupt nicht mehr veranlagt zu werden braucht. Anders liegt es hinsichtlich der Steuervereinfachung, die auf Forderung der Deutschen Volkspartei in die Notverordnung hineingekommen ist. Hier handelt es sich darum, daß die Grund- und Gewerbesteuererträge der Länder außer Kraft gesetzt werden und ein einheitlicher Steuertarif für ganz Deutschland festgesetzt wird. Dadurch müssen natürlich schwerwiegende Verschiebungen in der Steuerbelastung für die einzelnen Gruppen von Gewerbebetreibenden entstehen. Ich habe bereits im Februar 1929, also vor zwei Jahren, in mehreren Zeitungsartikeln die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, welche Steigerung der Belastung für die kleinen Landwirte, insbesondere aber das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand daraus entstehen muß. Ich habe damals Klage geführt, daß man seitens der Reichsregierung sich offensichtlich nicht einmal bemüht hat, die Auswirkung der Lastenverschiebung auf die einzelnen Länder festzustellen. Es ist einfach, unbegreiflich, daß man ein Gesetz gemäß Art. 48 WR. verabschiedet, ohne auch nur vorher die praktischen Auswirkungen dieses Gesetzes in den einzelnen Ländern zu ermitteln. Ich habe mit Unterstützung der gesamten Reichstagsopposition beantragt, daß wenigstens jetzt die Auswirkungen des Gesetzes in den verschiedenen Ländern festgestellt werden, und dem Reichstag eine Darstellung darüber unterbreitet wird. Vielleicht werden dann endlich die betroffenen Schichten sich rühren. Der Antrag wurde im Reichstag angenommen.

Die Gewerbesteuer hat gewiß einige Verbesserungen erfahren, insbesondere insofern, als Kleinhandwerker bis zu 2000 M durch die Landesgesetzgebung nach wie vor freigelassen werden können. Im übrigen aber haben sich die Wirkungen noch verschärft dadurch, daß die Betriebsvermögenssteuer völlig in Wegfall geraten ist und die gesamte Gewerbe-

steuer künftig nur vom Ertrag, der mit mindestens 6 Proz. des Gewerbelapitals veranlagt wird, erhoben werden muß. Gerade bei den kleineren Betrieben, die mit wenig Kapital arbeiten, wird dadurch die Gewerbesteuer zu einer rein zufälligen Einkommensteuer, die vom Gewerbe als Sondersteuer empfunden wird. Schon bisher hat das Gewerbe gegen die Ertragsteuer Sturm gelaufen, und jetzt ist die ganze Gewerbebesteuer auf den Gewerbeertrag gelegt und dazu ein Tarif gewählt, der die Großindustrie entlastet, die kleineren und mittleren Betriebe mehr belastet.

Angeichts dieser Sachlage war es unmöglich, sachlich diesen Lösungen zuzustimmen, wie sie die Notverordnung brachte, was hiermit mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht werden soll. Wir bedauern außerordentlich, daß die Wünsche des badischen Zentrums keine Beachtung gefunden haben. Der Vorgang zeigt aufs neue, wie man in Berlin über die berechtigten Wünsche unserer Heimat hinwegschreitet, zeigt allen, die noch sehen wollen, wie es uns in einem Einheitsstaat gehen müßte. Das badische Zentrum wird alles tun, was in seinen Kräften steht, um sobald als möglich eine Änderung dieser Gesetze herbeizuführen.“

Badischer Teil

Badischer Landtag

(5. Sitzung)

Bad. Karlsruhe, 17. Dez. 1928.

Eingegangen ist ein Antrag von Hu (Wirtsch.-u. Bauernp.) betr. Umlage öffentlicher Abgaben. In der Nachmittags-sitzung wird zunächst der Antrag der Abg. Frau Siebert (Zentr.) auf

stärkeren Schutz der Jugend gegenüber Lichtspielvorführungen

behandelt.

Darüber berichtet der

Abg. Weismann (Sozdem.), der die Zustimmung beantragt. Verlangt wird eine entsprechende Änderung des Lichtspielgesetzes und ein Vetorecht der Landesregierungen.

Abg. Frau Siebert (Zentr.) führt zur Begründung aus, daß der Antrag durch eine Kartellstrafe Protestversammlung gegen die sog. Aufführungsfilme herbeigeführt werden soll. Auf die Jugend würde es, wenn man die wichtigsten Lebensvorgänge auf die Leinwand zerre, psychisch verheerend wirken. Dagegen wehrten sich die christlichen Eltern. Es dürfte nicht möglich sein, daß anstößige Filme ins Ausland exportiert werden. Die Filmindustrie müsse sich als Träger von Ideen fühlen. Die Rednerin wirft einen Blick auf den ungeheuren Umfang der deutschen Filmproduktion. Wir besitzen über 5000 Lichtspieltheater mit 1,9 Millionen Sitzplätzen. Man möge doch daran denken, was für die Jugend die Schmelze, die Fantasie, bedeutet, und darum den Schundfilm verbannen. Schon die Kinoreklame wirkt negativ auf die jugendlichen Gemüter.

Abg. Frau Richter (D. Natl.) wendet sich gleichfalls gegen Schund und Schmutz im Film und fordert, daß auch Frauen in den Filmprüfstellen mitarbeiten.

Abg. Köster (Nat. Soz.) unterstützt die Ausführungen der beiden Korrednerinnen und begründet einen Zusatzantrag, daß auch Filmvorführungen verboten werden, die das deutsche Wesen und die nationale Ehre verletzen. Die sowjetrussischen Hefefilme müßten aus Deutschland verschwinden (Zuruf der Kommunisten. Abg. Reichleiter wird zur Ordnung gerufen).

Abg. Wenth (D. Sp.) bebauert, daß in letzter Zeit wieder der Sensationsfilm, der Verventikel, das Feld beherrscht. Wir haben, so führt der Redner aus, einen Tiefstand der Kultur erreicht, der erschütternd ist. Alle gemeinschaftsbindenden staats- und familienbezogenen Kräfte werden in Theater, Literatur und Film verächtlich gemacht. Für kulturfördernde Zwecke hat man kein Geld. Wir fordern eine schärfere Handhabung der Filmzensur. Zahlreiche Verbrechen sind nicht zu leicht auf die Einflüsse von Film und Büchern zurückzuführen.

Abg. Reichleiter (Komm.) verteidigt die Sowjetfilme und wendet sich gegen die Nationalsozialisten.

Abg. Reinhold (Sozdem.) sieht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß verwerdend und entsetzlich wirkende Filme bekämpft werden müssen. Es sei aber falsch, die Filmoberprüfstelle nach bestimmten Richtungen hin schwarzzumachen. Die Auslegung der nationalen Ehre durch die Nationalsozialisten könnten die Sozialdemokraten nicht anerkennen.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) freut sich, daß der volksparteiliche Redner zu 90 Proz. dem Standpunkt des Zentrums entspricht. Der Liberalismus von früher habe doch manche kulturpolitische Sünden auf dem Gewissen. Möge die Volkspartei bei Änderung des Lichtspielgesetzes im Reichstag ein treuer Bundesgenosse sein. Trotz des freisprechenden Urteils sei festzustellen, daß die Großszenen Darstellungen das Empfinden weitester Kreise verletzt haben. Das Zentrum verlange die Länderkonferenz für die Filmzulassung. Dem nationalsoz. Antrag stimme das Zentrum zu. Wir müßten wissen, daß wir national sind und hätten es nicht nötig, uns vor dem Ausland fortwährend selbst zu geschlagen. Aber den Remarque-Film wolle er, der Redner, nicht urteilen, da er ihn nicht kenne. Aber das eine sei gesagt: Wir können den Krieg nicht als etwas Romantisches vorführen; er ist und bleibt zerrütend. Man darf ihn aber nicht dazu benutzen, um das drauhen gezeigte millionenfache Helidentum herabzusetzen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) weist darauf hin, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Materie der Reichsgesetzgebung handle. Das Wort von der nationalen Ehre müsse einen für die Gesamtheit des deutschen Volkes gültigen Inhalt haben.

Abg. Frau Richter (D. Natl.) führt aus, Hugenberg habe es durch seine Beteiligung an der Filmindustrie ermöglicht, daß auch nationale Filme gedreht werden könnten.

Abg. Teufel (So. Wd.) begrüßt die gestellten Entwürfe.

Staatspräsident und Innenminister Wittmann erinnert an die vom Reichsminister dem Reichstag zugewiesene Rolle. Über die Ausführungen der Abg. Frau Siebert habe er sich aufrichtig gefreut. Die Regierung bedauert, nicht jetzt schon mit dem wünschenswerten Erfolg einschreiten zu können. Es müßten strengere Vorschriften erlassen und der Einfluß der Länderregierungen vergrößert werden. Das Polizeistrafgesetzbuch biete eine nur ungenügende Handhabe. Er, der Minister, hatte die Polizeidirektionen zunächst angewiesen, den Remarque-Film nicht zuzulassen, ehe eine Entscheidung vorlag. Er war der Meinung, daß das vaterländische Empfinden verletzt würde. Hinsichtlich fittlich anstößiger Filme seien Anträge nach Berlin gestellt worden, teils mit, teils ohne Erfolg, das letztere in Fällen, wo der Redner sich wundert müßte, daß die Prüfungsstelle nichts Beanstandenswertes fand. Den Remarque-Film würde der Minister, falls er wiederläme, für Baden verbieten.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird darauf mit dem Zusatz der Nationalsozialisten sowie einem Zusatzantrag des Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

In dem Zentrumsantrag wird die Regierung ersucht, sich bei Beratung der Novelle dafür einzusetzen, daß den Länder-

regierungen die Kompetenz eingeräumt wird, für das Landesgebiet auch solche Filme zu verbieten, die von der Filmprüfstelle genehmigt sind.

Um den Bauernverein Orschweier

Abg. Egler (Zentr.) erstattet darauf Bericht über den kommunalistischen Antrag betr. den Bauernverein in Orschweier. Der Rechtsplegeausschuss beantragt die Zustimmung in folgender Form:

„Die Regierung wird ersucht, der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Karlsruhe zu empfehlen, bei der Durchführung der Zwangsvollstreckung gegen die Genossen der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Orschweier oder deren sonstigen Inanspruchnahme zunächst schonend vorzugehen, im Sinne eines für die dastenden Genossen günstigen Vergleichs entgegenzukommen und bei den in ihrer Existenz bedrohten Genossen auf die Beibehaltung der Forderung zu verzichten.“

Abg. Bod (Komm.) gibt in schärfsten Worten seinem Mißfallen über den Antrag Ausdruck.

Es sind noch zwei Abgeordnete zum Wort gemeldet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte beschließt das nur noch schwach besetzte Haus mit Mehrheit, Donnerstag vormittag 9 Uhr die Debatte fortzusetzen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

(6. Sitzung)

18. Dez. 1930.

In der Vormittags-Sitzung wird die Aussprache über die Angelegenheit

Orschweier

fortgesetzt. Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) führt aus, man werde dem Abg. Bod den Gefallen nicht tun, eine politische Debatte aus Orschweier zu machen. Es gehe nicht an, der Badischen Bauernvereinsorganisation die Verantwortung für das Gschehen der Orschweier Bauern zuzuschreiben. Der Abg. Bod wolle die Sache für seine parteipolitischen Zwecke ausnützen (Zwischenruf der Kommunisten. Bod wird zur Ordnung gerufen). Es handle sich um ein rein privatwirtschaftliches Angelegenheit der Orschweier Genossenschaftler. Ein großer Teil der Genossen habe sich inzwischen mit der Hauptgenossenschaft geeinigt.

Abg. Meier (Nat. Soz.) ist der Meinung, daß in vielen Fällen, nicht nur in Orschweier, die Revision bei den Genossenschaften verweigert habe. Der Ausschußbescheid sei zwecklos. Man könne sehr wohl dem Antrag Bod zustimmen.

Abg. Hilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) stellt gegenüber dem Abg. Meier fest, daß das badische Landwirtschaftliche Genossenschaftswesen seit der Sanierung vollkommen gesund dasteht. (Lebhafte Zustimmung.) Schuld an den Orschweier Verhältnissen sei eine faule Vorstandschaft gewesen. Der Untersuchungsausschuss sei von vornherein ein totes, überflüssiges Kind gewesen; denn er hatte keine Möglichkeit, Privatbetriebe zu kontrollieren.

Eingegangen ist ein kommunistischer Antrag, wonach der Untersuchungsausschuss einen Bericht über seine Arbeiten vorlegen soll.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) tadelt scharf das Verhalten der Zentralgenossenschaft gegenüber dem Untersuchungsausschuss des Landtags. Nachdem der Staat eine Bürgschaft von 900 000 Reichsmark übernommen hat, hätte man sich dafür dankbar zeigen sollen. Den Orschweier Genossen sollte irgendwie geholfen werden.

Staatspräsident Wittenmann

erinnert daran, daß die Staatsbürgerschaft feierzeitlich auf Anregung des Reichsministers Dietrich übernommen wurde, um das genossenschaftliche Einigungsrecht nicht zu gefährden. Die Regierung sei nicht in der Lage, aus diesem Bürgerschaftsverhältnis etwas für Orschweier zu machen. Der Minister will sich aber die Akten kommen lassen, um zu sehen, ob und wie weit Verantwortliche zivilrechtlich herangezogen werden können. Was den Untersuchungsausschuss anlangt, so sei bei Landtagsbeschluss veräußert worden, seine Zuständigkeit durch eine gesetzgeberische Aktion zu verlängern. Der Minister konnte die Zentralgenossenschaft zu nichts zwingen.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) kommt auf die Bemerkung des Ministers zurück, daß zwischen den Vorgängen in Orschweier und dem Bürgerschaftsverhältnis kein Zusammenhang bestehe. Er sieht darin die erste Folge der Sabotage der Arbeit des Untersuchungsausschusses. Hätte der Ausschuss seine gesetzliche Pflicht erfüllen können, so wäre diese Debatte nicht erfolgt. Moralisch verantwortlich für die Dinge in Orschweier sei der Revisionsverband des Bad. Bauernvereins.

Waagen aller Art liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3

Literarische Neuerscheinungen

Carl Grimberg: Weltgeschichte, Leben und Kultur der Völker. Das Altertum, Dritter Band: Die Römer. 695 Seiten mit 100 Abbildungen, zwei Karten. Ganzleinen 8,80 M. N. Voigtländer Verlag, Leipzig C 1. — Wir haben die großen Vorzüge der ersten beiden Bände von Carl Grimbergs moderner Weltgeschichte in unserer vor Jahresfrist erschienenen Besprechung ausführlich hervorgehoben. Sie treten auch in dem neuesten Band, der Geschichte der Römer, offen zutage. Manchem mag aus seiner Schulzeit die römische Geschichte etwas nuchtern erscheinen. Hier gewinnt sie Blut und Leben, und immer wieder erkennt der Leser auch ihre große Bedeutung für die Gegenwart. Was Rom groß gemacht hat, ist in erster Linie die Staatsdisziplin seines Volkes, der Helbsinn und die Weisheit des Staats, die unerschütterliche Festigkeit und Lebenskraft selbst in Zeiten wie nach der furchtbaren Niederlage von Cannä. Grimberg zeigt uns, wie diese Eigenschaften trotz innerer Schwierigkeiten zur Herrschaft über ganz Italien und zur Vernichtung des gefährlichen Feindes Karthago geführt haben.

Dann folgen die großen sozialen Kämpfe, das Herankommen griechischer Bildung und der riesigen Reichtümer des Orients, die nicht nur auf Roms politische Macht, sondern auch auf seine inneren Staatsgrundlagen, sein Wirtschaftslieben und seinen Handel stark eingewirkt haben. Im Herzen gewandt, lesen wir von den Kämpfen der Gracchen, Ciceros, Oktavianus, die folgerichtig zur Weltbeherrschung Roms, aber auch zur Alleinherrschaft an Stelle der Republik führten mußten. Der Höhepunkt dieser Entwicklung ist auch die Blütezeit der römischen Literatur. Sobald er überschritten ist, beginnt der Verfall: er zeigt sich im Wahnwitz einer Reihe von Cäsaren, aber ebenso in der Entnationalisierung des Heeres, im Emporkommen der Provinzen.

Staatspräsident Wittenmann wiederholt, daß die Regierung gegenüber der Zentralgenossenschaft nichts unversucht ließ, um die Unterlagen zu erhalten.

Abg. Ded (Zentr.) führt in einer von lebhaften Zwischenrufen der Nationalsozialisten begleiteten Polemik aus, daß die Bauernschaft durch fortwährende politische Verhetzung schließlich in der Vertretung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen irre werde.

Abg. Maier-Geidelberg (Sozdem.) fordert die Heranziehung der Schuldigen. Der Gedanke, die bäuerlichen Organisationen unter einen Hut zu bringen, sei der Bürgschaftsübernahme wert gewesen. Daß dem Untersuchungsausschuss die Akten zur Verfügung gestellt werden, hätte der Redner für ein Gebot der Selbstverständlichkeit gehalten.

Abg. Frau Richter (D. Nat.) führt aus, bei den Vorstößen und Rechnern der Genossenschaften fehle vielfach die genügende kaufmännische Vorbildung. Die Rednerin hofft im Fall Orschweier auf ein Entgegenkommen der Zentralgenossenschaft. Bereits 50 Genossenschaftler hätten sich mit ihr gütlich geeinigt.

Abg. Dr. Fähr (Zentr.) kommt auf die Geschichte des Untersuchungsausschusses zurück. Die Bürgschaftsübernahme sei unabhängig davon erfolgt.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) erklärt, der Landtag könne sich die von der Zentralgenossenschaft beabsichtigte Einstellung nicht gefallen lassen. Wir wollen wissen, wer die frühere Mißwirtschaft veranlaßt hat und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Staatspräsident Wittenmann weist darauf hin, daß die Herren der Zentralgenossenschaft von einer öffentlichen Verhandlung der Angelegenheit eine Schädigung des Genossenschaftsgedankens befürchtet hätten. Der Landtag möge den Untersuchungsausschuss neu einsetzen und dann sehen, wie sich die Herren von der Zentralgenossenschaft verhalten. Als Minister müsse er die heutige Kritik bedauern.

Nach weiterer Debatte erhalt

Abg. Bod (Komm.) das Schlusswort, wobei er sich namentlich mit dem Zentrum auseinandersetzt.

Der Präsident gibt den Eingang folgenden Antrages der liberalen Arbeitsgemeinschaft bekannt:

„Der Landtag wolle beschließen, einen Ausschuss zur Untersuchung des Geschäftsgebarens der Bad. Bauernbank e. G. m. H. S., Freiburg, und der Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft des Bad. Bauernvereins in Freiburg einzusetzen, der dem Landtag über das Ergebnis seiner Untersuchung, soweit es nicht vertraulich ist, alsbald Bericht zu erstatten hat. Die Geschäftspunkte, die der frühere Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 27. Mai 1930 festgelegt hat, müssen dabei beachtet werden.“

Berichterstatter Abg. Egler (Zentr.) empfiehlt nochmals die Annahme des Ausschussesantrages, was den einzig möglichen Weg darstelle. (Abg. Bod erhält den zweiten Ordnungsruf.)

Die kommunistischen Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt, der Antrag des Rechtsplegeausschusses gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmhaltung der Nationalsozialisten angenommen. Annahme findet ferner der Antrag Dr. Wolfhard-Dr. Mattes auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten

Es folgt der Bericht des Rechtsplegeausschusses über den Antrag der Nationalsozialisten auf sofortige Aufhebung des vom Minister des Innern erlassenen Uniformverbots gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Der Berichterstatter, Abg. Trinks (Sozdem.), beantragt, obigen Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Eingegangen ist ein Antrag der Kommunisten, auf Aufhebung des Verbots des Neon-Frontkämpferbundes.

Abg. Wagner (Nat. Soz.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Es handle sich nicht allein um ein Uniformverbot; man habe vielmehr alle Symbole der Partei untersagt. Der Redner bezeichnet dieses Vorgehen als einen Verfassungsverstoß, der sich in seiner ganzen Schärfe gegen das heutige System wende. Es sei auffällig, daß das Verbot zeitlich mit anderen Verböten im Reich zusammenfiel. Objektive Berichte der Polizei seien im Ministerium gefälscht worden. Die Urheber von Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung händen in einem ganz anderen Lager, es seien die marxistischen Terrororganisationen. Der Redner verweist auf Vorfälle in Mannheim und Wehrheim, wo das Reichsbanner störend aufgetreten sei. Nicht einem einzigen Nationalsozialisten sei es eingefallen, Ruhe und Sicherheit zu gefährden. Für das Verbot konnten die Nationalsozialisten nur dankbar sein. Es werde den Siegerlauf der Nationalsozialisten nicht aufhalten. Diese würden eifrig darüber wachen, daß die Verfassung immer gehalten wird, und aus diesem Grunde forderten sie die restlose Aufhebung des Verbots. Den von der Volkspartei eingebrachten Antrag, der ein Uniformverbot für alle Parteien und Verbände für wünschenswert hält, lehnt der Redner ab, da durch ihn die „Anständigen mit den Unanständigen verbunden würden.“

(Während der Rede des Abg. Wagner ging es im Hause ziemlich lebhaft zu. Von allen Seiten gab es Zwischenrufe.) Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. — Weiterverhandlung nachmittags 1/2 Uhr.

Götter aus allen Weltteilen finden in Rom Heimat und Kultus und unter den neuen Religionen, erwacht aus kleinen Anfängen unauffällig und weitbewegend das Christentum empor. Immer wieder pochen Germanenbölker mit überhäufender Lebenskraft an die Tore des Weltreichs. Jahrhundertelang dauert der Kampf um die politische Macht und um weltbewegende religiöse und soziale Ideen, bis dann etwa um 375 nach Christus der Sieg der neuen Kräfte entschieden ist. Damit schließt das Altertum, und eine neue Zeit zieht herauf.

Grimbergs Geschichte des Altertums liegt nun geschlossen vor. Sie ist als Ganzes betrachtet, ein Meisterwerk aus einem Gusse. Wie selten einer, hat es Grimberg verstanden, die großen führenden Gedanken aus der politischen, der Geistes-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte herauszuarbeiten.

Die Soziologie der literarischen Geschmadsbildung. Von Prof. Dr. R. L. Schädling (2. erweiterte Auflage, geb. 5,80 M. B. G. Teubner, Leipzig). — Die Geschichte der Literatur, die Geschichte der Kunst überhaupt, hat bisher fast ausschließlich ihre Aufgabe in der Beschäftigung mit dem Kunstwerk und dem Künstler gesehen. Die Frage der Entwicklung des Kunstgeschmacks beim Publikum, sein „wie“ und „warum“ ist noch kaum ernst getreift worden. Daher ist das vorliegende Buch Schädlings, das in anregender Weise diese Probleme erörtert, von besonderem Interesse für jeden Literaturfreund. Schädling prüft die soziologischen Voraussetzungen für die Kunst, die Abhängigkeit der Einzelproduktion vom Zeitgeschmack, die wechselnden Bedingungen für die individuelle Freiheit des Schaffenden und die Wirkung der in der Neuzeit erlängten völligen Autonomie des Künstlers, die mit der Entmündigung des Laien und einer Frontänderung des Kritikers gerundet hat. Es zeigt sich, wie soziale Mächte, die er in ihrer Eigenart untersucht und in ihrem Einfluß auf

Schießen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Neujahrnacht

Da in der Neujahrnacht immer wieder gegen das Verbot des Schießens und des Abbrennens von Feuerwerkskörpern verstoßen wird, sei erneut darauf hingewiesen, daß nach § 387 (Ziff. 8) und § 368 (Ziff. 7) des Reichsstrafgesetzbuches verboten ist: „ohne polizeiliche Erlaubnis an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuergefährlichen Sachen zu schießen oder Feuerwerkskörper abzubrennen.“

Ferner sei daran erinnert, daß die Abgabe von Sprengstoffen an Personen, von welchen ein Mißbrauch zu befürchten ist, insbesondere an Personen unter 16 Jahren verboten ist. Dies gilt insbesondere auch von solchen Feuerwerkskörpern, mit deren Verwendung eine erhebliche Gefahr verbunden ist (Ranonschläge, Frösche, Schwärmer u. dgl.). Auf Spielwaren, welche ganz geringe Mengen von Sprengstoffen enthalten, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Polizei und Sicherheitsorgane sind angewiesen, gegen Übertretungen obiger Verbote mit Nachdruck einzuschreiten.

Krebsbekämpfung

In Bologna wird ein Zentrum zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses eröffnet werden. Bei dieser Gelegenheit wird am 4. und 5. Januar 1931 die zweite Tagung der italienischen Liga gegen den Krebs stattfinden, zu der die namhaftesten italienischen Krebsforscher Vorträge angekündigt haben.

Wie sich hieraus ergibt, wird auch in anderen Kulturländern der Kampf gegen den Krebs aufgenommen. Baden hat schon seit vielen Jahren in Freiburg das Kronighaus und in Heidelberg das Krebsforschungsinstitut. Außerdem hat der erst vorliegende Jahres im März gegründete badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses in dieser kurzen Zeit schon eine recht leistungsfähige Tätigkeit entfalten können, wie dies auch der Erfolg bei der Radiumspende gezeigt hat.

Verkehrsänderungen

Infolge geänderter Arbeitszeit in den meisten Pforzheimer Betrieben fallen am 24., 27. und 31. Dezember 1930 und 2. und 3. Januar 1931 auf Strecke Karlsruhe-Mühlacker einige hauptsächlich dem Arbeiterverkehr dienenden Züge aus. Dagegen verkehren an diesen Tagen einige sonst nur Samstag vorgegebene Züge.

Näheres durch Schalteranschlag auf den Bahnhöfen ersichtlich.

Für die Bahn Bretten-Kürnbach

Im Bürttembergischen Landtag wurde am Dienstag mitgeteilt, daß das württembergische Staatsministerium beim Reich mit Nachdruck darauf hinwirken will, daß die Bahn von Bretten nach Kürnbach baldmöglichst fertiggestellt wird.

Aus der badischen Industrie

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Wie die Mannheimer „Volkstimme“ erfährt, finden am 23. Dezember in Karlsruhe die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie für die Bezirke Mannheim-Ludwigshafen, Frankenthal, Seckreis und Freiburg statt.

Die frühere Gocke Fabrik in Lauda ging durch Kauf an eine Textilwarenfabrik über, die Arbeitskleider herstellt. Der Betrieb soll am 1. Januar mit 30 bis 40 Arbeiterinnen eröffnet werden. Auch eine Kleinmöbelfabrik will, wie man hört, mit Beginn des neuen Jahres im ehemaligen Maschinenwerk die Arbeit aufnehmen.

Weiterführung der Arbeit in der Zigarrenindustrie. Verschiedene Betriebe der Tabakindustrie am Oberrhein, die ihren Belegschaften zum 20. Dezember gekündigt hatten, werden beziehungsweise ihren Betrieb bis zum 31. Dezember 1930 weiterführen. Zu diesen Firmen gehört auch die Zigarrenfabrik Reitz & Co. in Schopfheim.

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel

Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern zu Kauf und Miete

Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

das Publikum bestimmt, ebenso stark, den Geschmacksformen, wie künstlerische Leistung als solche.

Sexualpädagogik von Prof. Dr. med., Dr. phil. h. c. Ernst von Düring, Frankfurt a. M. (Rotapfel-Verlag, Erlangen-Bücherei, Leipzig, 416 Seiten, Gebfett 8,80 M.). — Die Vorlesungen über Sexualpädagogik von Prof. von Düring sind das Ergebnis einer praktischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit allen Fragen des Sexualproblems seit vierzig Jahren. Gerade die praktischen Erfahrungen, die der Verfasser auf diesem Gebiet gewann, sind der Ausgangspunkt für alle seine späteren Studien. Ausschlaggebend für Dürings Einstellung gegenüber den heutigen, entweder einseitig Eitel und Eitelkeit verwechsellenden oder in radikalster Weise alle bestehende Eitelkeit beseitigenden Versuchen und Vorschlägen ist folgendes: eine allseitig befriedigende, restlos alle Schwierigkeiten beseitigende Lösung des Problems gibt es nicht, kann es nicht geben. Es ist die große Zentralfrage für Kultur und Menschheit und für die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit. Nur das Ringen nach dem Ziele, die Erziehung zur Verantwortlichkeit kann das Ziel sein; Scheffler sagt: das Ziel? Der Weg ist das Ziel. So wird für viele diese Beschäftigung als unbefriedigend empfunden werden. Diese Probleme sind aber, wie alle geistigen Probleme, unlösbar; sie müssen, wie Goethe betont, als solche erkannt werden. Nicht liegt, wie es so oft heißt, die Wahrheit in der Mitte zwischen den Extremen, sondern, wie wieder Goethe sagt: das Problem liegt in der Mitte zwischen schrankenloser Freiheit und der Befremdung des Geschlechtslebens als unfruchtbar. Das ist der Standpunkt, von dem aus alle, sowohl (und in erster Linie) der Mensch, der sich selbst erziehen will, als auch der Erzieher, der der Jugend führend und beratend dienen soll, an die sexuellen Probleme in dem ganzen Umfang, in ihrer Bedeutung für das Individuum selbst, für das Volk und für die ganze Menschheit herantreten müssen.

Gemeinderundschau

Wahlen in den Gemeinden

In Kforheim erfolgte am Mittwochmorgen die Wahl der Stadträte. Alle 84 Stadtratsmitglieder übten ihr Wahlrecht aus. Gewählt wurden 14 Mitglieder der Gemeinlichen Bürgerliste, und zwar 5 Nationalsozialisten, 2 Mitglieder der Mittelstandspartei, 1 deutschnationaler, 1 Deutsche Wp., 1 Zentr. und je einer von der Staatspartei, der Weststadtvereinigung, des Sparerbundes und des Evang. Volksdienstes. Ferner 5 Sozialdemokraten und 1 Kommunist. Auf den Vorschlag der Vereinigten Bürgerlichen entfielen 56 Stimmen, auf die Sozialdemokraten 21 und auf die Kommunisten 7 Stimmen. Bisher setzte sich der Stadtrat zusammen aus 5 Sojedem., je 8 Vertreter der Woll-, D.Wollsp. und der Mittelstandvereinigung, 2 vom Sparerbund und je 1 vom Zentrum, den Demokraten, der Weststadtvereinigung und den Kommunisten.

In Durlach wurde für die Wahlen des Stadtratsvorstandes, des Obmannes des Stadtratsvorstandes und dessen Stellvertreter sowie des gemischt-beschließenden Ausschusses von sämtlichen Bürgervereinsparteien nur je eine gemeinsame Liste eingebracht, so daß die auf den heutigen Donnerstag gefetzte Wahl nicht stattfinden wird.

In Untergrombach (bei Bruchsal) war die Gemeindevahl aus geringfügigen Gründen angefallen worden. Die Wahl wurde nun vom Bezirksamt mangels genügender Ungültigkeitsbeweise für gültig erklärt.

Durlach unter Zwangsverwaltung? In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat Durlach wieder die zur Deckung des Fehlbetrages im Fürsorgevoranschlag gemachten Vorschläge abgelehnt. Nunmehr muß sich die Staatsaufsichtsbehörde mit der Angelegenheit befassen. Es ist kein Zweifel, daß sie im Verwaltungswege die abgelehnten Steuern einführen wird.

Aus dem Rastatter Stadtrat. Der alte Stadtrat in Rastatt hat am Dienstag seine letzte Sitzung abgehalten und der neue Stadtrat wurde verpflichtet. Zuvor wurden aber vom alten Stadtrat noch einige Fragen erledigt. Der Voranschlag für das städtische Krankenhaus für das Rechnungsjahr 1930/31 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 345 800 Reichsmark ab. In den Einnahmen ist ein Betriebszuschuß aus der Stadtkasse in Höhe von 115 000 Reichsmark enthalten, welchen der Bürgerausschuß im Voranschlag für 1930 bereits bewilligt hat. Die Ausführung der für das städtische Wasserwerk in Rauental in Aussicht genommenen Entfäuerungsanlage wird noch einige Jahre zurückgestellt, bis der durch eine neue Berechnung des Stadtbauamts auf 40 000 Reichsmark festgestellte Kostenaufwand durch entsprechende Rücklagen angefangen ist.

Stark gebückte Holzpreise. Bei der letzten Gemeinde-Brennholzpreiserhöhung in Oberharmersbach, wurden circa 1600 Ster Brennholz versteigert. Der Anschlag von pro Ster n. Klasse 5 bis 9 M. Der Erlös betrug bis höchstens 7 M pro Ster. Für Langholz wurde von Holzhändlern der Gemeinde 58 Proz. der Landesgrundpreise geboten. Der Gemeinde entfiel durch diesen Winderlös ein ganz bedeutender Ausfall an Einnahmen.

Der Stadtrat Rahr lehnte die Anträge auf Herabsetzung der Stadtratsdiäten auf 5,20 und 30 Reichsmark ab. Auch ein Antrag, für das Fehlen bei einer Stadtratsitzung 5 Reichsmark an den monatlichen Diäten von 40 Reichsmark abzuziehen, fand keine Mehrheit. — Um der weiblichen Jugend Gelegenheit zu geben, mehr weibliche Berufe zu ergreifen, wird der Mädchenrealschule eine Frauenschulklasse angegliedert. Der Stadtrat konnte nach eingegangener Genehmigung vom Ministerium sich um so leichter hierzu entschließen, als die Kosten durch das Schulgeld voll gedeckt sind und die zur Schaffung einer Frauenklasse erforderlichen Einrichtungen ebenfalls vorhanden sind.

Kein Rücktritt des Bürgermeisters in Singen a. S. Die in Singen im Umlauf gesetzten Gerüchte vom Rücktritt des Bürgermeisters Dr. Kaufmann, Mitglied des Landtags, entbehren der Grundlage. Der neugewählte Gemeinderat ist am 15. Dezember erstmals zusammengetreten, größere Meinungsverschiedenheiten sind nicht entstanden. Zum Bürgermeisterstellvertreter wurde, nachdem Gemeinderat August Schüle in Firma Schüle und Speck Nachfolger, eine Wiederwahl abgelehnt, Gemeinderat Sanberger, Vizebürgermeister in Singen (Zentrum), gewählt.

Der neue Bürgerausschuß in Konstanz genehmigte in seiner ersten Sitzung das Arbeitsbeschaffungsprogramm, Einführung der Bier- und Bürgersteuer und Erhöhung der Umlage um 10 Reichspfennig, mit Mehrheit; dafür stimmten Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe im Weihnachtsfest. In der großen Halle des Hauptbahnhofs läßt die Reichsbahndirektion Karlsruhe einen riesigen Weihnachtsbaum erstellen, so daß dieser erste himmliche Weihnachtsbaum die Feiertage mit festlicher Stimmung erfüllt; außerdem trägt die Kameradschaft der Reichsgrenadiere wieder dafür Sorge, daß das Denkmal der gefallenen 108er ebenfalls seinen Weihnachtsbaum erhält in Form eines hübschen Baumes, der in den Abendstunden beleuchtet wird.

Das Karlsruher Notabzeichen. In einigen Tagen wird der Werbeauschuß der Karlsruher Notgemeinschaft mit einem neuen Werbemittel zur Bänderung der Not der großen Anzahl der Karlsruher Hilfsbedürftigen an die Bevölkerung herantreten, und zwar mit dem „Karlsruher Notabzeichen“. Es ist dies eine in versilberter Metallausführung gehaltene Anstecknadel nach einem Entwurf des Fachlehrers Kurt Baer an der Badischen Kunstgewerbeschule in Kforheim. Der Künstler hat aus den übereinandergestellten, in Blockchrift wiedergegebenen Buchstaben des Wortes „Not“ eine lodernde Fadel gebildet. Das Karlsruher Notabzeichen weist daher schon äußerlich auf unsere Notzeit hin, und weicht stark von den allgemein üblichen Vereinsabzeichen und sonstigen Anstecknadeln ab. Der erste große Werbeverkauf findet am Sonntag, den 21. Dezember, statt.

Karlsruher Jubiläumsfirmen. Der Verkehrsverein Karlsruhe benützt die zahlreichen diesjährigen Geschäftsjubiläen der verschiedensten Karlsruher Firmen, um in einer Sonderausgabe der „Karlsruher Wochenchau“ eine erschöpfende Übersicht über Geschichte und Entwicklungsang der Jubiläumsfirmen zu geben. Der stattliche Band ist mit reichem Bildmaterial versehen und hebt in historischer Reihenfolge die Bedeutung des Groß- und Kleinhandels der badischen Landeshauptstadt hervor. Abgesehen vom bleibenden Wert einer solchen Zusammenstellung verdient das Heft als Werbemaßnahme in der Weihnachtszeit besondere Beachtung.

Einbruch in ein Zigarrengeschäft. Vergangene Nacht, vermutlich in den frühen Morgenstunden, wurde das Lager des Zigarrenhauses Knäbel in der Karl-Friedrich-Straße von Einbrechern heimlich betreten. Sie entwendeten Waren, in der Hauptsache Zigaretten, im Wert von mehreren tausend Reichsmark. Die Ladentasse wurde erbrochen und geleert.

Goloffentheater. Es ist abermals eine besondere Attraktion des von der Direktion sorgsam zusammengestellten Weihnachtsprogrammes, daß in ihm sich Kapitän Winstons Wasserläwen und tauchende Nymphen wiederfinden. Denn hier bietet sich ein Schauspiel, das weit über den örtlichen Rahmen hinausgreift, hier wird eine Sensation sichtbar gemacht, die allabendlich erneuert und mit Recht stets begeisterte Zustimmung auslöst. Im übrigen mag es nicht leicht gelingen, um diese Hauptattraktion eine Reihe von Nummern zu gruppieren, die ebenfalls dem angelegentlichsten „weltstädtischen“ Anstrich standhalten. Dies erreichen jedoch zweifellos die neuerpflichteten 2 Winslors, ein exquisites Tanzpaar, dessen künstlerische Wertbeurteilung vor allem in einer phänomenalen Apacheszene besteht. Aber auch Sums, der komische Jongleur, ist ebenso eine sehenswerte Variétéangelegenheit, wie Martinis holländische Hundelomödie oder die Schleuderbrettakrobatik der 5 Winston Comp. Auch Abi Walz als köstlicher Humorist kann nicht gut überboten werden. Und zu all diesen Spitzenleistungen kommt schließlich noch ein in seiner Sonderart wirklich reizvoller Wettbewerb zwischen Amateurschwimmern und den von Kapitän Winston engagierten Amateuren, schon deshalb eine erfreuliche Ergänzung des Gesamtprogrammes, weil sich gerade hier das Publikum oft bestens amüsieren kann, und doch zugleich ernsthaft angehalten wird, seine eigene Meinung über das Gezeigte zu äußern.

Bahnverkehr an Weihnachten. Die Reichsbahn hat zur reibungslosen Abwicklung des Festverkehrs zwischen 20. Dezember und 2. Januar umfangreiche Maßnahmen getroffen. Eine große Anzahl von Zügen, zu denen erfahrungsgemäß starker Andrang von Reisenden zu erwarten ist, wird doppelt gefahren. In besonders dringenden Fällen können weitere Ergänzungszüge eingelegt werden. Das Personal auf den Bahnhöfen und in den Zügen wird verstärkt. Zur raschen Abfertigung der Züge hat das Bahnpersonal keine Öffnen und Schließen der Wagentüren weitestgehend zu unterlassen. Außergewöhnlicher Andrang von Reisenden wird dem nächsten Wagen vorrathabnahmslos gemeldet, damit die erforderlichen Wagen bereitgehalten werden können. Vorzüge dürfen zur Aufnahme des Anschlusses verspäteter Anschlusszüge nicht zurückgehalten werden. Mit allen Mitteln muß darauf hingewirkt werden, daß unnötige Verspätungen nicht entstehen. Wie weitgehend für Fahrgäste gesorgt ist, geht daraus hervor, daß für die Zeit vom 20. Dezember bis 2. Januar insgesamt 50 Ergänzungszüge nach und von Karlsruhe vorgefahren sind.

Demonstrationsversuch vor dem Landtagsgebäude. Mittwochabend versuchten etwa 100 bis 150 Arbeitslose vor dem Landtagsgebäude zu demonstrieren. Die Polizei konnte aber die Ansammlung ohne weiteres zerstreuen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das Azorenhoch hat einen Teil nach Mitteluropa vorgetrieben, so daß wir wieder in den Bereich westlicher Luftzufuhr gelangt sind. Etwas milderes Wetter sieht damit bevor. Da jedoch der Druck bei uns noch immer hoch ist, wird es bei uns vorerst nicht zu Niederschlägen kommen. Wetterausblick: Fortdauer der trockenen Witterung, Nachtfrost mit Frühnebeln, am Tage etwas milder.

Wasserstände: Waldshut 249—6, Basel 64—6, Schusterinsel 121—5, Rehl 206—7, Maxau 445—16, Mannheim 372—15, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Vom kleinen Grenzverkehr und Grenzschmuggel

Berichtet durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit und Notlage großer Schichten der Bevölkerung, nimmt wie aus Singen gemeldet wird, der Einkauf von Lebensmitteln an der Schweizergrenze im kleinen Grenzverkehr immer größere Dimensionen an. Bestimmte Mengen Zucker, Mehl, Weizenbrot, Tabak usw. können Zollfrei eingeführt werden. In der Schweiz kostet z. B. Zucker 18 Pf. per Pfund. In Deutschland 22—24 Pf. In Deutschland wird ein landwirtschaftlicher Schutzoll von 16,5 Pf. und eine Zuckerteuer von 5,5 Reichspfennig per Pfund erhoben, zusammen 22 Pf. Außerdem blüht der Schmuggel.

Bürgermeister Dr. Kaufmann hat an die städtischen Beamten und Angestellten ein Rundschreiben gerichtet, worin er darauf aufmerksam macht, daß die heutige große Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil auf eine vorhandene Unlust, jeht Einkäufe zu tätigen, zurückzuführen ist. Bei den Beamten müßte die Einsicht Platz greifen, daß ihre Existenz nicht auf die Dauer sichergestellt werden kann, wenn die Wirtschaft, aus deren Steuern die Beamtegehälter bezahlt werden, zum Darniederliegen kommt. Vor allen Dingen sollen Einkäufe grumbfänglich nur am Plage selbst getätigt werden. Feststellungen haben ergeben, daß der einheimische Handel erhebliche Preisentfaltungen vorgenommen hat und in vielen Artikeln billiger ist als in anderen Städten.

18. Mannheim, 18. Dez. Die freitenden Notstandsarbeiter haben in einer Versammlung beschlossen, den Kampf aufzugeben und wieder zur Arbeit zurückzukehren.

18. Heidelberg, 18. Dez. Wie der erste Vorsitzende des Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses, Präsident Kausch, in einem Schreiben an den hiesigen Ordisauschuß für die Kadumfunde mitteilt, steht Heidelberg mit einem Reinerlös von 6245,74 M an der Spitze aller badischen Städte.

18. Schriesheim (bei Heidelberg), 18. Dez. Hier stehen 18 Wohnungen, darunter moderne 1—4-Zimmerwohnungen in schöner Lage, leer. Für die Hauseigentümer eine sehr mißliche Sache.

Handel und Wirtschaft

Berliner Preisnotierungen

	18. Dezember		17. Dezember	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.66	169.00	168.63	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.03	112.25
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.347	20.387	20.342	20.382
New York 1 D.	4.1880	4.1960	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.452	16.492	16.455	16.495
Schweiz . . 100 Fr.	81.305	81.465	81.285	81.445
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	59.00	59.12
Brag. . . . 100 Kr.	12.429	12.449	12.429	12.449

Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. R. Schreypp und A. Frink, Karlsruhe. In der Generalversammlung am Mittwoch wurde beschlossen, „in Rücksicht auf die durch die fortwährenden Steuererhöhungen in ihrem Fortbestand aufschwerste bedrohte Brauindustrie“ nur eine Dividende von 9 Proz. (im Vorjahr 11 Proz.) zur Verteilung zu bringen. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Friedrich Schreypp (Durlach) und Generaldirektor Bruno Schubert (Frankfurt a. M.). Nach dem Geschäftsbericht haben das schlechte Sommerwetter und die wirtschaftliche Notlage vieler Bevölkerungsschichten den Bierabsatz ungünstig beeinflusst. Infolge der fortwährenden Steuererhöhungen auf Bier könne

in absehbarer Zeit mit einer Besserung des Absatzes nicht gerechnet werden. Die Brauindustrie gehe einer ungewissen Zukunft entgegen. — Nach Zuweisung von 25 000 M an die Arbeiter- und Beamtenstiftung des Unternehmens und 273 164 Reichsmark Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 407 890 M, dazu Vortrag aus dem Vorjahr von 50 159 M, zusammen von 457 990 M. Der Vorschlag ging im einzelnen dahin, 5 Proz. Dividende und 4 Proz. Überdividende zu verteilen, der Sonderrücklage 150 000 M zuzuweisen und 40 690 Reichsmark auf neue Viehzung vorzutragen.

Staatsanzeiger

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.
Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik beginnt Montag, den 16. Februar 1931.
Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 19. Januar 1931, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Mannheimstraße 19, hier, einzureichen.
Karlsruhe, den 16. Dezember 1930.
Der Finanzminister.
J. B.: Sammet.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen.
Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen beginnt Montag, den 16. Februar 1931.
Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 19. Januar 1931, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Mannheimstraße 19, hier, einzureichen.
Karlsruhe, den 16. Dezember 1930.
Der Finanzminister.
J. B.: Sammet.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Dezember 1930 im Lande Baden verzeichnet:

Maul- und Klauenleude:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Ettingen	Mörch
Karlsruhe	Karlsruhe, Blankenloch, Karlsruhe-Beierthelm, Durlach, Eggenstein, Friedrichstal, Gröbigen, Hagelsfeld, Hohenwettersbach, Kleinheimbach, Söllingen, Stuppelich, Weingarten
Mannheim	Mannheim, Plankstadt, Schwelzingen
Rastatt	Hügheim
Wiesloch	Waldhof
Schweineleude und Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Rüdnach
Bruchsal	Tiefenbach
Emmendingen	Sexau
Karlsruhe	Snieltingen
Lahr	Lahr, Grafenhausen, Rappell
Mannheim	Mannheim, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Wallstadt, Schriesheim, Sedenheim
Schopfheim	Wembach
Taubertshausen	Großbrunfeld, Lauda
Sinsheim	Eschelbroun
Wolfsach	Gutach
Räude der Eingusfer:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Heidelberg	Heidelberg
Waldshut	Waldshut
Weinheim	Weinheim

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen u/siv. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz
Berlekt:
Justizinspektor Adolf Gros beim Amtsgericht Müllheim zum Amtsgericht Engen.

Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 8. Dezember 1930, Nr. 112 599, ist dem Georg Gensheimer in Karlsruhe die Erlaubnis erteilt worden, bis 31. Dezember 1931:

- in der Stadt Karlsruhe, Zirkel 30, gewerbsmäßig Betten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzufahren oder zu vermitteln,
- sich seiner Ehefrau Marie, geb. Gold, in seinem Geschäft, Zirkel 30, zum Abfluß und zur Vermittlung von Betten (Buchmachergehilfen) zu bedienen.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1930. O.-Z. 82

Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion C —

Badisches Landestheater
Freitag, den 19. Dez. 1930
* F 11. Th.-Gem. III. S. G.
1. Hälfte und 801—900
Das Lamum des Armen
Tragikomödie
von Stefan Zweig
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Vertam, Ermarth, Dahlen, Gemmede, Graf, Giel, Höder, Hoppe, O. Krienscher, Kloebe, Kühne, Wehner, Krüger, Schulze, v. d. Linden, Grimm, Lutzker.
S. Krienscher, Müller, H. Seibert
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A 0,70—5 20
Sa. 20. 12. Nachmittags:
Der große Christoph. Adss.
Die Abteilungen III. Abtlg.
So. 21. 12. Nachm.: Der große Christoph. Adss.: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. No. 22. 12. Die Abteilungen III. Abteilung.
R 167. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Gartner Nachf. Frank & Dertel, Jnh. Frau Lenchen Dertel in Karlsruhe, Friedrichstraße 94, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 13. Dezember 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.